

Graphische Stimmen

Organ des Graphischen



Zentralverbandes * Köln

Christlich-nationale Gewerkschaft für die

graphische u. papierverarbeitende Industrie

27. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich 60 Pf.
monatlich 20 Pf. ohne Befehlsgeld

Köln, den 14. März 1931

Erscheint vierzehntägig Samstags
Eingelnummer folgt 10 Pfennig

Nummer 6

Verantwortlichkeit

„Soll es in Deutschland denn nie möglich sein, daß sich auch einmal Arbeitnehmer und Arbeitgeber vom Standpunkt der Solidarität der gemeinsamen Arbeit aus zusammenschließen und sich über gemeinsame Maßnahmen unterhalten? Soll es in einem geistig und ethisch so hochstehenden Volk wie dem deutschen in seiner Schicksalsstunde, in seiner höchsten Not wirklich nicht möglich sein, zu einem solchen Gedankenaustausch zusammenzukommen?“ Mit diesen Worten hat der Kanzler in seiner Kölner Rede wieder einmal an das Verantwortungsgefühl der an der Gestaltung des Wirtschafts- und Arbeitslebens beteiligten Kreise appelliert. Es ist kein Zufall, daß der Reichskanzler bei diesen Worten den rückhaltlosen Beifall der christlichen Arbeitnehmerenschaft gefunden hat. Die christlichen Gewerkschaften sind von jeher die eifrigsten Verfechter des Gedankens der Gemeinschaftsarbeit gewesen, und sie sind diesem Gedanken auch in den letzten Monaten, wo von der Arbeiterschaft schwere Opfer verlangt wurden, wo man sich des Einbruchs nicht erwehren konnte, daß die Lage von den Unternehmern in allzu rigoroser Weise ausgenutzt wurde, niemals untreu geworden. Die christlichen Gewerkschaften legen sich nicht nur deshalb für solche Gemeinschaftsarbeit ein, weil dies ihrer durch die christliche Weltanschauung bestimmten Grundhaltung entspricht, sondern auch deshalb, weil unsere Reichsverfassung diese Gemeinschaftsarbeit will und sie zur Grundlage der ganzen Gestaltung des Wirtschafts- und Arbeitslebens gemacht hat. Wenn trotzdem von den Arbeitgebern oft behauptet wird, daß die „Christen schlimmer seien als die Koten“, so hat dieser Vorwurf einen tieferen Sinn. Er enthält in der Grundeigenschaft eine ehrenvolle Anerkennung der christlichen Gewerkschaftsarbeit. Jede unsoziale Haltung des Unternehmertums ist nämlich für den Arbeitnehmer, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht, nur eine Befestigung seiner marxistischen Theorien. Für die christlichen Gewerkschaften jedoch ist jede Äußerung eines unsozialen Geistes nicht nur ein beauerlicher Zwischenfall, sondern ein Schlag gegen die innere Grundlage ihrer ganzen Arbeit. Die christliche Arbeitnehmerenschaft muß auf eine mit dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft nicht vereinbare Haltung des Unternehmertums besonders empfindlich reagieren, weil derartige Vorkommnisse für sie eine Unterhöhlung des Gemeinschaftsgeistes bedeuten, dessen Pflege gerade die christlichen Gewerkschaften von jeher an den Anfang und das Ende ihrer Arbeit gestellt haben. Es ist daher auch verständlich, daß die christlichen Gewerkschaften nicht nur der Forderung des Kanzlers aus innerer Überzeugung zugestimmt haben, sondern daß sie auch andererseits sich mit aller Schärfe gegen solche Arbeitgeberkreise wenden, die es gerade heute für notwendig halten, ihre Abneigung gegen die Gewerkschaften bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen. Was soll man dazu sagen, wenn die Bergwerkszeitung (Nr. 24 vom 29. 1. 1931) schreibt: „Die Gewerkschaften haben noch immer verlangt, wenn es darauf ankommt, die Verantwortung für ihre durch Lohn- und Sozialpolitik geschaffene Lage in aller Öffentlichkeit mitzuübernehmen?“ Derselbe Geist spricht aus einem von der Arbeitgeberseite stammenden Artikel der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 27 vom 14. Januar 1931), in dem den Gewerkschaften empfohlen wird, „die ausschließliche Konkurrenz mit der kommunisistischen Werbung aufzugeben und sich auf positive produktionspolitische Arbeit und auf einen entsprechend geänderten Mitgliederkreis und Mitgliedergeist umzustellen.“ Es wirkt doch reichlich eigenartig, wenn maßgebliche Unternehmerkreise heute auf der einen Seite die Gewerkschaften als „für“ und „verantwortungslos“ bezeichnen, weil sie sich nicht mit jedem 20prozentigen Lohnabbau, der weit über das von der Regierung für notwendig gehaltene Maß hinausgeht, einverstanden erklären, und auf der anderen Seite durch Äußerungen, wie sie oben wiedergegeben sind, ihrerseits alles tun, um eine von beiderseitigem gutem Willen getragene Gemeinschaftsarbeit zu erschweren. Es läßt sich doch nicht bestreiten, daß die Arbeitnehmerenschaft mit bewundernswürdiger Disziplin und Ruhe, die für sie so außerordentlich schweren Lohnsenkungen auf sich genommen, und dadurch gezeigt hat, daß sie zu Opfern bereit ist. Wenn das Experiment nicht zu verweilungsvoll wäre, dann könnte es interessant sein zu beobachten, zu welchem

Ergebnis man kommen würde, wenn die Arbeitgeber bei ihren Verhandlungen lediglich mit der kommunisistischen Opposition oder mit den Nationalsozialisten zu tun haben würden. Anstatt derartigen Kräften, die eine Katastrophenpolitik wollen, gemeinsam mit den Gewerkschaften entgegenzuarbeiten, lassen sich jedoch weite Kreise des Unternehmertums immer noch von dem altüberkommenen Haß gegen die Gewerkschaften leiten. Es zeugt wirklich von beachtlicher Selbstüberwindung, wenn die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerenschaft trotz derartiger

Angriffe immer wieder ihren Willen zur Gemeinschaftsarbeit betont. Sie muß aber verlangen, daß nicht dauernd und immer wieder von einer mangelnden Verantwortungsberedigkeit der Gewerkschaften geredet wird, sondern daß endlich auch einmal die Gegenseite zu der Erkenntnis kommt, daß es — mit wiederum in den Worten des Kanzlers zu reden — „für Not- und Schicksalszeiten eines Volkes sehr wesentlich ist, verantwortungsvolle Gewerkschaften und besonders verantwortungsvolle Gewerkschaftsführer zu haben“.

Die Opposition gegen den „Api-Reichstarif“

Mit einer Rücksichtslosigkeit und Zähigkeit sondergleichen wird seit dem Jahre 1925 von Eigenbrötlern gegen den „Api-Reichstarif“ Sturm gelaufen. Bei jedem neuen Abschluß lehrt der Kampf ein, besonders gegen die Allgemeinverbindlichkeitsanträge. Einsprüche von allen möglichen Gruppen, die teils gar nichts mit dem Tarif gemein hatten, ließen ein, immer und immer wieder mußten durch die Gewerbeaufsichtsämter Erhebungen über die überwiegende Bedeutung des Api-Tarifes angestellt werden. Führer in diesem Kampfe war anfänglich der Reichsverband der Buchbindereien, der bis zum Jahre 1924 selbst Vertragskontrahent war. Dann traten andere auf den Plan, und zwar die örtlichen Arbeitgeberverbände; so auch in Wuppertal der Verband für Arbeitgeber im bergischen Industriebezirk und die Papierfachvereinigung für den Handelstammerbezirk R.-Glabach. Neuerdings haben sich alle diese Oppositionsgruppen zusammengeschlossen in dem „Allgemeinen Arbeitgeberverband der deutschen papierverarbeitenden Industrie“. Trotz allen Anstrengungen dieser Arbeitgebergruppen gelang es uns, den Reichstarif zu halten. Notwendig waren dazu verschiedentlich Streiks und Prozesse am Arbeitsgericht. Ein Prozeß mußte bis zur höchsten Instanz, dem Reichsarbeitsgericht, durchgeführt werden. Eine besonders gute Stütze fanden die Gegner des Reichstarifgedankens bei den örtlichen Schlichtungsausschüssen. Mehr wie einmal wurden wir mit Hilfe dieser zu Verhandlungen gezwungen. Auch wurden Schiedsprüche für verbindlich erklärt, trotzdem man der Meinung sein konnte, daß dadurch in schwebende Verfahren eingegriffen würde. Eine Unmenge von Energie wurde aufgewandt, um den Api-Tarif und den hierfür in Frage kommenden Arbeitgeberverband zu sprengen.

Augenblicklich ist der Kampf in ein Stadium getreten, wo die Gegner des Reichstarifgedankens sich vergnügen die Hände reiben, in dem Glauben, dem „Api“ den Todesstoß versetzt zu haben. Sie mögen sich aber gefast sein lassen, daß der Zeitpunkt wiederkehrt, wo sie einlegen müssen, zum eigenen Schaden gehandelt zu haben. Die Reichstarif, die Dristarif, lautet das Kampfschrei. Die Gewerkschaften sind Vertreter des Reichstarifgedankens; nicht um eines Prinzipes willen, sondern, weil sie der Ansicht sind, daß nur der Beruf sich auf die Dauer gesund erhalten kann, in dem einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen gelten. Was die Gegenseite will, bedeutet dauernde Unruhe und Anarchie. Die Konkurrenz soll sich nach ihrer Meinung nur auf niedrigen Löhnen aufbauen. In dem Wortlaut der Allgemeinverbindlichkeitsverordnungen hat die Reichsarbeitsverwaltung, auf Grund des Einspruchs weniger Firmen, von Anfang an der Opposition gegen den Reichstarif zwei Konzessionen eingeräumt, wodurch die Abwehr nicht gemildert, sondern verstärkt wurde. Genährt durch vorgenannte Umstände sind in 2 Betrieben in Bries, je einem in Striegau und Habelschwerdt in Schlesien, sowie in Ränderoth (Rheinland) auf Veranlassung der Betriebsinhaber gelbe Wertsgemeinschaften entstanden. Verlorene Streiks in diesen Betrieben haben teilweise zur Einierung der betreffenden Arbeiterchaft beigetragen. Neuerdings hat die Hirsch-Dundersche Gewerkschaft für einen Betrieb in Bries den Wertstarif übernommen. Die niederen Löhne in Bries und Ränderoth werden nicht nur bei Erörterung des Konkurrenzkampfes in der Geschäftsbuchbranche bei Reichstarifverhandlungen ins Feld geführt, sondern ebenso bei lokalen Verhandlungen mit der Opposition. Damit wird unzweifelhaft von den Sonderbündlern der Beweis erbracht, daß nur durch den Reichstarif, und

nicht durch Orts- oder Firmentarife gesunde Kalkulationsmöglichkeiten geschaffen werden können. Es wird die Zeit kommen, wo die Oppositionsfirmen einsehen müssen, daß sie falsch beraten wurden und durch Lohnwirrwarr weder dem Gewerbe noch dem einzelnen Betrieb gebietet werden kann. Hätten sie gemeinsam mit den Gewerkschaften sich für eine weingefährliche A. B. C. eingesetzt, wäre es ein leichtes gewesen, der Konkurrenz Herr zu werden. Es wird bestimmt noch eine Zeit kommen, wo man auch auf Arbeitgeberseite einsehen wird, welch schönes Friedensinstrument der Reichstarif war; wenn einmal ständig Unruhe und offene Konflikte in Erscheinung treten. Darüber dürften sich die Oppositionsgruppen klar sein; wenn sie auch formell örtliche Tarife erreichen sollten, ein Abdrängen von den Löhnen, wie sie im Reich allgemein gelten, könnte nur durch Kampf bis zum äußersten erreicht werden. Daß hierzu insbesondere die Kollegenchaft von Wuppertal und Gladbach-Rheydt bereit ist, dürfte ihnen zur Genüge bekannt sein.

Augenblicklich tobt der Kampf in Wuppertal und Gladbach-Rheydt. In beiden Orten kündigen die Arbeitgeber die Lohnstarife. Auch wünschten sie örtliche Manteltarife. Die Arbeitgeber in Wuppertal luden zu Verhandlungen ein. Die Gewerkschaften leisteten der Einladung Folge, lehnten es aber ab, in sachliche Verhandlungen einzutreten. Der Schlichtungsausschuss hatte nun, von den Arbeitgebern angerufen, das Wort. Die Folge war: Fällung eines Schiedspruches mit einem Lohnabbau von 6%. Daß dieser Spruch von den Versammlungen abgelehnt wurde, war eine Selbstverständlichkeit. Und nun kam der 2. Akt, Verhandlungen vor dem Landesschllichter in Dortmund. Auch hier wurde mit aller Entschiedenheit von den Gewerkschaften dem Schlichter nahegelegt, die Verbindlichkeitsklärung nicht auszusprechen, da wir bereit wären, im offenen Kampfe unser Recht zu holen. Doch der Schlichter war anderer Meinung. Er machte den Schiedspruch verbindlich. Damit war für Wuppertal durch staatlichen Zwang ein Lohnabkommen zustande gekommen. Dasselbe weicht aber nicht ab vom Reichstarif, weil ja reichstariflich ebenso eine Lohnsenkung von 6% hingenommen werden mußte. Nachdem die Arbeitgeber in puncto Lohn ihren Willen bekommen hatten, war zu erwarten, daß sie auch nicht ruhen würden, auf demselben Wege zu einem örtlichen Manteltarif zu kommen. Zweimal tagte der Schlichtungsausschuss und fällte, nachdem wir eine Einigung ablehnten, einen Schiedspruch, wonach für Wuppertal ein örtlicher Tarif in Geltung kommen sollte. Dieser Manteltarif gleich materiell dem „Api“ wie ein Ei dem anderen. Trotzdem mußten wir den Spruch ablehnen. An der folgenden Verhandlung vor dem Landesschllichter in Dortmund nahm auch unser Kollege Hornbach teil. Die Entscheidung über den Verbindlichkeitsantrag der Unternehmer steht noch aus und hoffen wir, daß der Schlichter dem Antrage nicht stattgibt.

In Gladbach-Rheydt lief die Sache ähnlich. Eine Verhandlung lehnten wir ab. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses lud daraufhin zu Einigungsverhandlungen ein. Und nun erlebten wir ein Schauspiel, wie wir es nicht für möglich gehalten hätten. Der Vorsitzende entpuppte sich als ein grundsätzlicher Gegner des Reichstarifgedankens. Er betrachtete die Stellung der Gewerkschaften als Prinzipienreiterei. Von den Arbeitgebern wurde behauptet, daß die Leute in den Betrieben anders dächten, wie ihre Führer. Um eine Probe aufs Exempel machen zu können, schlossen wir eine Vereinbarung auf

Die Rechtsschutztätigkeit unseres Verbandes im Jahre 1930

Widerruf ab, des Inhalts, daß der Api-Mantel- und Lohntarif als örtliches Abkommen gelten solle. Damit hatte die Kollegenschaft das Recht in der Hand, selbst zu entscheiden. Die Arbeitnehmererschaft im Buchbinder-gewerbe wurde zu einer Versammlung eingeladen, um durch Abstimmung zu entscheiden, ob sie den Reichstarif oder ein örtliches Abkommen wolle. Von den Firmen-inhabern wurde die Kollegenschaft unter stärksten Druck gesetzt. Durch Handzettel erhielten die Belegschaften für den Fall der Ablehnung der Vereinbarung die Kündigung zum 28. Februar zugestellt. Trotz dieses Druckes wurde die Vereinbarung einstimmig ab-gelehnt. Damit hatten die Arbeitgeber den Beweis, daß die Belegschaften bereit sind, für die Erhaltung des Reichstarifes den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzu-nehmen. Nun hatte wieder der Schlichtungsausschuß das Wort. An den Verhandlungen nahm von unserer Seite auch der Verbandsvorsitzende teil. Das Ergebnis ist kurz-folgendes: Zunächst mußten die Arbeitgeber bedingungs-los die Kündigungen zurücknehmen. Dann wurde ein Spruch gefällt, der genau das selbe sagte, wie die Ver-einbarung. Auch diesen Spruch hat die Kollegenschaft einstimmig abgelehnt. Die Arbeitgeber werden nun die Verbindlichkeitsklärung bei dem Landeslichter in Köln beantragen.

Für die Arbeitgeber in Gladbach-Rheydt liegen nun die Dinge nicht so einfach wie in Wuppertal. Handelt es sich dort hier zum Teil um Großbuchbindereien, für die rechtlich der VWB-Tarif maßgebend ist, und es ist des-halb bereits eine Feststellungsfrage bei dem Arbeits-gericht gegen die Firma Rabe in Gladbach anhängig ge-macht. Der Ausgang dieses Rechtsstreites wird für Gladbach-Rheydt von entscheidender Bedeutung sein.

Interessant ist, festzustellen, daß in Wuppertal sowie in Gladbach-Rheydt die Arbeitgeber die Bestimmungen des Reichstarifes voll übernehmen wollten, nur wollten sie ein örtliches Abkommen. Ihr Ziel ist die Zerstückelung des Reichstarifes. Gelingt ihnen dies, hoffen sie später leichtes Spiel zu haben. Die Kollegenschaft in den beiden Städten hat sich bis jetzt musterhaft gehalten und sie ist gegebenenfalls bereit, um die Erhaltung des Reichs-tarifes in den Kampf zu treten. Wir wollen uns aber auch bemüht sein, daß Macht Recht schafft, und deshalb alles daran setzen, um den letzten Berufsangehörigen für uns zu gewinnen.

Vorwärts!

Zum zwölften Male stehen wir vor der Wahl der gesetzlichen Betriebsvertretungen. Da lohnt es sich wohl, einen Blick rückwärts zu werfen. Wir sollen prüfen und abwägen, was das Betriebsrätegesetz bisher brachte. Wir sollen uns auch klar werden, was das Gesetz für die Zukunft bedeutet und uns noch bringen kann. Diese Überlegungen gelten für den eigenen Betrieb in erster Linie, sie beziehen sich aber ebensowohl auf die all-gemeinen Belange der Arbeitererschaft.

Vor den Betriebsrätewahlen stellen wir uns meistens die Frage: War unser bisheriger Betriebsrat gut, ge-nügte er unsern Anforderungen? — Dies ist eigentlich eine etwas verkängliche Fragestellung. In voriger Nummer wurde an dieser Stelle einiges über das Be-triebsrätegesetz und die Rechte, die es der Ar-beitererschaft gibt, gesagt. Jedes Gesetz steht auf dem Papier, es liegt an den ausführenden Organen, den geschriebenen Paragraphen Leben einzubringen. Das Betriebsrätegesetz statet die Arbeitererschaft mit bedeut-samen Rechten und Machtvollkommenheiten aus. Durch die Wahl legen wir Arbeiter selbst die Ausübung und Ver-tretung dieser Befugnisse in die Hände unserer Ver-treter. Das Gesetz gewinnt also erst Leben durch unsere Betätigung.

Wohl haben wir also ein Recht, kritisch zu prüfen, ob die gewählten Vertreter in allem unsern Erwartungen entsprachen, ob sie gute Vertreter unserer Rechte waren. Wer aber hier über gut oder nicht gut urteilen will, ist gezwungen, auch sich selbst zu fragen: Habe ich alles getan, um dem Betriebsrat sein ohnehin schweres Amt zu erleichtern? Habe ich nicht manche Maßnahme des Betriebsrates zu meinem eigenen Schaden durchkreuzt oder doch erschwert? —

Wenn man durch die Betriebe geht, hört man manches kurzfristige Urteil über die Betriebsräte. Dem einen scheint dies nicht richtig, dem andern jenes; der nächste hat sonst einen unerfüllten Wunsch. Ob es wohl diese Alleswesser besser und richtiger machen könnten? — Eine Frage, die sich gelegentlich jeder vorlegen sollte, bevor er zur Kritik schreitet.

Sehr oft ist ja leider die Arbeitererschaft selbst schuld, wenn nicht alles nach Wunsch ging. Wir Arbeiter haben ja auch eine ganze Reihe Pflichten dem Arbeit-geber gegenüber. Wird eine derselben vernach-lässigt, so bringen wir den Betriebsrat in eine unange-nehme Lage. Manches einer wird uns sagen: Was Pflichten! Wir arbeiten und der Arbeitgeber hat den Lohn zu zahlen? Was sollen wir heute noch weitere Pflichten haben? Und doch haben wir als bewußt christliche Arbeiter Pflichten, auch dem Unternehmer gegen-über, der selbst seinen Pflichten nicht nachkommt.

Da kommt z. B. eine Kollegin. Bei Prüfung ihrer Lohnliste macht sie die Bahrnehmung, daß sie wieder einmal einige Lauer verdiente Groschen als Strafe für

Einen immer breiteren Raum in der gewerkschaft-lichen Tätigkeit beansprucht die Sorge um den rechtlichen Schutz der Mitglieder. Die ungeheure Not, in der sich die Arbeiterschaft infolge der wirtschaftlich gedrückten Lage befindet, läßt sehr oft die Organisation als letzten Retter erscheinen und einspringen. In den verschieden-artigen Fällen wird Schutz und Hilfe benötigt. Es ist auch ganz selbstverständliche und gern ausgeübte Pflicht des Verbandes, soweit wie nur möglich Helfer in allen Nöten zu sein.

Seit langem sind wir deshalb bemüht, die Rechts-schutztätigkeit innerhalb des Verbandes nach Möglichkeit auszubauen. Bei der großen Ausdehnung des Ver-bandsgebietes und den zahlreichen kleinen Gruppen wird eine vollkommene Lösung in absehbarer Zeit nicht möglich sein. Doch kann auch mit den vorhandenen Kräften schon sehr viel erreicht werden. Allerdings muß immer beachtet werden, daß diese Art der gewerkschaftlichen Arbeit nicht etwa dazu führen darf, daß die Hauptaufgaben des Ver-bandes hierdurch vernachlässigt werden.

Gegenüber dem Vorjahre ist eine außerordentliche Steigerung in den einzelnen Zweigen der Rechtsschutz-tätigkeit zu verzeichnen. Insgesamt 1 059 Einzelfälle erforderten 2 338 Auskünfte, es waren ferner 1 428 Schriftsätze anzufertigen und 214 Termine wahrzunehmen. Eine ganz auffallende Steigerung ist auf dem Gebiete der Sozialversicherung und Fürsorge zu verzeichnen. Stieg doch hier die Zahl der erledigten Fälle allein um über 100%. Aber auch in Fragen des Arbeitsrechtes, Miet-streitigkeiten usw. war eine gewaltige Steigerung der Rechtsschutzfragen zu verzeichnen.

Soweit genaue und einwandfreie Feststellungen vor-liegen, konnten 635 Fälle mit vollem Erfolg zu Ende geführt werden. In 123 Fällen war nur ein teilweiser Erfolg zu erzielen, während 118 Fälle ohne Erfolg endeten. Bei weiteren 183 Fällen ist der Ausgang nicht bekannt. Doch ist in dieser Zahl bestimmt noch ein großer Teil erfolgreich beendeter Fälle enthalten. Es ist ja eine bedauerliche Tatsache, daß vielfach wohl der Rechtsschutz des Verbandes in Anspruch genommen wird, aber nach eingetretenem Erfolg keinerlei Nachricht mehr an die Rat erteilende Stelle gelangt. —

Eine vorläufige Berechnung des Bar-erfolges ergibt die ansehnliche Summe von 96 720 Reichsmark. Gewiß ein stattlicher Betrag, der durch die Rechtsschutztätigkeit des Verbandes für die in Frage kommenden Mitglieder herausgeholt werden konnte!

Wie sich die geleistete Arbeit auf die einzelnen Rechts-schutzgebiete verteilt, ergibt sich aus der folgenden Auf-stellung. Es entfielen auf:

	Auskunft	Schriftsätze	Termin
Arbeitsvertrag	596	411	79
Betriebsrätefragen	216	147	9
Krankensversicherung	132	59	8
Anfallversicherung	92	59	15
Invalidentversicherung	138	53	19
Militär-Versorgung	38	15	1
Arbeitslosenversicherung	488	279	51
Fürsorgepflicht-Verordng.	121	82	9
Steuernachen	228	190	—
Mietstreitigkeiten	147	74	23
Zivilprozeß	14	5	—
Sonstiges	128	54	—
	2 338	1 428	214

In dieser Zusammenstellung sind alle die Fälle nicht enthalten, die durch Vertreter befreundeter Organi-sationen, im besonderen die Arbeitsgemeinschaft und den Gutenberg-Bund, erledigt wurden. Es ist auch die um-fangreiche Arbeit der Betriebsvertretungen nicht erfasst. Und doch steht gerade in ihrer Tätigkeit eine Fülle er-folgreicher Rechtsschutztätigkeit. Sehr oft ist ja eine durch den Betriebsrat abgewehrte Strafe oder die durch ihn ermöglichte Erhaltung des Arbeitsplatzes wertvoller, als eine erfolgreich durchgeführte Vertretung vor dem Ar-beitsgericht.

Die Gesamtzahl der ohne Erfolg beendeten Fälle ist verhältnismäßig gering. Sie könnte noch mehr gesenkt werden, wenn alle Mitglieder sich noch mehr mit dem Arbeitsrecht und den wichtigsten Gesetzesbestimmungen vertraut machten. Über die grundlegenden Begriffe der Sozialpolitik und des Arbeitsrechtes muß jeder Arbeiter Bescheid wissen. Nur dadurch schützt er sich davor, im gegebenen Augenblick keine Frist zu veräumen oder verkehrte Redewendungen zu gebrauchen. Auch der ge-schickteste Vertreter kann solche im Anfangsstadium be-gangenen Fehler nicht mehr ausmerzen.

Die Aufstellungen sprechen im übrigen für sich. Rund 100 000 RM. sind durch den Verband den Mitgliedern auf diesem Wege zugeflossen. Eine Summe, die sich sehen lassen kann, die auch deutlich und augenfällig den Wert des Verbandes zeigt. Eine stille, segensreiche Kleinarbeit für unsere Mitglieder spricht aus diesen Zahlen. Ohne Organisation wäre wohl den wenigsten der Rechtsschutz-juchenden ein Erfolg beschieden gewesen. Daraus sollen wir die Notwendigkeit und den Nutzen gewerkschaftlicher Arbeit erleben und auch für die Agitation die nötigen Schlussfolgerungen ziehen.

Zuspätkommen büßen muß. Nun wird dem Be-triebsrat die Hölle heiß gemacht, der soll die Sache wieder einrenken. Das wird er in der Regel nicht können — dann wird geschimpft. Hätte sich aber die betreffende Kollegin die Arbeitsordnung angesehen und darnach gehandelt, so bräuhete sie jetzt den Betriebsrat nicht zu bemühen.

Da kommen in einem anderen Betriebe Klagen über Abzüge an den vereinbarten Akkordbühnen. Darob große Entrüstung, der Betriebsrat taugt nichts! Wie ist es hier? Die Kolleginnen haben die Arbeitsordnung ver-gessen. Sie haben vergessen, daß sie verpflichtet sind, zu arbeiten und nicht belämmelnzusehen und zu schwagen. Sie haben auch vergessen, daß sie während der Arbeits-zeit sehr genau beobachtet werden. Dem Betriebsrat wurde in diesem Falle zynisch erklärt: Ja, wenn die Leute sich neben ihrer Arbeit noch anregend unterhalten können, ist dies doch Beweis, daß die Akkordsätze zu hoch liegen. Weiter, meine Herren, müssen wir doch das Interesse des Betriebsrates im Auge haben. — Dieses Interesse-wahrnehmen ist meistens für die Arbeitererschaft mit schmerzlichen Erkenntnissen gewürzt.

An diesen Beispielen ist wohl klar gemacht, wie die Pflichten dem Arbeitgeber gegenüber zu verstehen sind, und wie sich ein Vernachlässigen derselben den Arbeiten der Betriebsvertretung hemmend in den Weg legt. Zeigen wir daher, daß wir Standesbewußtsein haben. Beweisen wir, daß wir unsere Pflichten kennen und auch erfüllen. Dann können wir auch mit vollem Ernst und aller Kraft unsere Rechte vertreten, ohne besüßigten zu müssen, durch Anschuldligungen beschämt zu werden. Durch Erzielung der ganzen Kollegenschaft zu eiserner, unbedingter Pflichterfüllung schaffen wir unsern Betriebs-vertretern den Boden, auf dem sie arbeiten können.

Daher — prüfen wir erst uns selbst. Dann erst laßt uns mit voller Objektivität die Leistungen der Betriebs-vertretung prüfen. Hat einer verfaßt, dann neue Männer hinein! Immer sind die Besten und Tüchtigsten für den Betriebsrat vorzuschlagen. Maulhelden sind nicht zu gebrauchen.

Stellen wir uns so ein, dann haben wir das Spiel gewonnen und geben unsern Vertretern einen Rückhalt, der sie befähigt, jeden Ansturm abzuwehren zu können.

Eine starke, unzertrennbare einige Front gilt es zu schaffen. Dann die tüchtigsten Männer ausgelucht und sie in der vordersten Kampffront eingesetzt. Es wird bestimmt kein leichter Kampf werden. Versucht doch das Unternehmertum mit allen Mitteln Sturm zu laufen gegen die in schweren Kämpfen errungenen sozialen und tariflichen Rechte der Arbeitererschaft. Hier gilt es, heiligstes Gut zu wahren, hier heißt es, Kämpfer sein! Auf jeden einzelnen kommt es an. Drum schließt die Reihen, laßt die Banner wehen und dann „Vorwärts“.

Allgemeine Rundschau

Die Konsumgenossenschaften in der Wirtschaftskrise. Vorstand und Ausschuß des Reichverbandes deutscher Konsumvereine tagten vergangene Woche in Köln.

Aus dem Bericht des Generaldirektors Peter Schlaaf, M. d. R., entnehmen wir: Die Konsumgenossenschaften des Reichverbandes deutscher Konsumvereine, Köln, konnten ihren Umsatz im Jahre 1930 auf der Höhe des Vorjahres halten. Es wurden insgesamt 200 953 996 RM. gegenüber 201 832 096 RM. im Jahre 1929 umgesetzt. Die Angaben betreffen das Kalenderjahr, so daß die Krisenentwicklung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres bereits voll zur Auswirkung kam. Auf den Um-satz drückte ein Preisabbau von circa 14% gegenüber dem Vorjahr; sowie ein Rückgang der Kaufkraft vieler Mitglieder infolge Arbeitslosigkeit und Einkommens-minderung. Wenn das Krisenjahr 1930 für den gesamten deutschen Einzelhandel einen Umsatzrückgang von 9% und für die Warenhäuser einen solchen von 6—7% brachte, so sind die auf gleicher Höhe gebliebenen Umsätze der Konsumgenossenschaften als Zeichen für die Lebenskraft der Bewegung anzusehen. Besondere Beachtung verdient die Entwicklung der Warenzentrale, der „Gepag“, Groß-einkaufs- und Produktions-V.-G. deutscher Konsum-vereine, Köln. Sie konnte im vergangenen Jahr ihren Umsatz noch um 2,22% steigern und setzte 1930 74 144 537 RM. gegenüber 72 533 915 RM. im Jahre 1929 um. Der Eigenproduktionsumsatz der „Gepag“ stieg um 8,48% auf 10 966 128 RM.

Im Anschluß an das Referat des Syndikus Dr. Weisenfeld über die Konsumgenossenschaften in der Steuererhebung und Rechtspflege faßte der Ausschuß einstimmig eine Entschlieung, die sich scharf gegen die Rechtspflege des Reichsfinanzhofes wendet.

Der diesjährige Genossenschaftstag wird vom 18. bis 20. Juli in Hannover, dem Sitz des Haushaltsvereins, Hannover, abgehalten werden. Als Hauptgegenstand des 22. Genossenschaftstages wurde das Thema „Konsumgenossenschaft und Nation“ bestimmt. Bei der Wahl dieses Themas ging man von dem Gedanken aus, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung vielen Mißdeutungen ausgesetzt ist und ihr volkstümlicher, volkserzieherischer und nationalwirtschaftlicher Wert viel zu wenig bekannt ist.

Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige im Jahre 1930

Abteilung Krankenkasse:	
Beitragseinnahme in Abt. B	416 283,40 RM.
Beitragseinnahme in Abt. A	268 527,70 "
Beiträge nach § 8 Abs. 18	3 119,50 "
Beiträge nach § 14 Abs. 3	60 842,20 "
Beiträge nach § 24 Abs. 18	4 887,40 "
Kapitalerträge	25 116,94 "
Eintrittsgelder	376,-- "
Aufwertungen usw.	1 989,40 "
Sonstige Einnahmen	1 135,87 "
Summa	782 278,41 RM.
Bestand von 1929	355 117,42 "
Gesamtsumme	1 137 395,83 RM.

Leistungen in Abt. B		329 379,04 RM.
Leistungen in Abt. A		234 884,04 "
An den Invalidentfonds		60 842,20 "
An den G.-B.-Fonds		4 887,40 "
Persönliche Verwaltung		63 311,72 "
Sachliche Verwaltung		15 190,14 "
Sonstige Ausgaben		180,26 "
Summa	708 674,80 RM.	
Vortrag auf 1931	428 721,03 "	
Gesamtsumme	1 137 395,83 RM.	

Abteilung Sterbekasse:	
Beitragseinnahme usw.	49 584,50 RM.
Kapitalerträge	21 358,41 "
Summa	70 942,91 RM.
Bestand von 1929	252 918,90 "
Gesamtsumme	323 861,81 RM.
Leistungen	18 042,-- RM.
Verwaltungskosten usw.	4 820,22 "
Summa	22 862,22 RM.
Vortrag auf 1931	300 999,59 "
Gesamtsumme	323 861,81 RM.

Abteilung Invalidentasse:	
Beiträge nach § 14 Abs. 3	60 842,20 RM.
Kapitalerträge	2 571,20 "
Summa	63 413,40 RM.
Bestand von 1929	29 088,15 "
Gesamtsumme	92 501,55 RM.
Invalidentunterstützung	54 182,50 RM.
Druckkosten	20,50 "
Summa	54 203,-- RM.
Vortrag auf 1931	38 308,55 "
Gesamtsumme	92 501,55 RM.

Generalversammlungsfonds:	
Beiträge nach § 24 Abs. 18	4 887,40 RM.
Kapitalerträge	7,50 "
Summa	4 894,90 RM.
Bestand 1929	5 471,61 "
Gesamtsumme	10 366,51 RM.
Revisoren in Zweigstellen	675,-- RM.
Summa	675,-- RM.
Vortrag auf 1931	9 691,51 "
Gesamtsumme	10 366,51 RM.

Von der Gesamteinnahme der Krankenkasse wurden verwendet: Für Leistungen 72,14 Prozent (einschließlich der Leistungen an die invaliden Kollegen 79,05 Prozent), für persönliche Verwaltungskosten 8,09 Prozent, für sachliche Verwaltungskosten 1,94 Prozent, für Überweisung an den Invalidentfonds 7,78 Prozent, für Überweisung an den Generalversammlungsfonds 0,62 Prozent, für Überweisung an den Reservefonds 9,40 Prozent und für sonstige Ausgaben 0,03 Prozent.

Von der reinen Beitragseinnahme wurden in der Abteilung B für Leistungen 79,12 Prozent und in der Abteilung A 87,47 Prozent ausgegeben. Die durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 bedingte Ermäßigung der Beiträge für die Mitglieder der Abteilung A haben wir seit am zunächst in Aussicht genommenen 26. Oktober erst am 28. Dezember 1930 wirksam werden lassen. Für

diese 9 Wochen ergab sich daraus eine Mehreinnahme in Höhe von rund 6 720 RM. Ohne diese Mehreinnahme würden in der Abteilung A rund 90 Prozent der Beitragseinnahme für Leistungen aufzuwenden gewesen sein.

In der Sterbekasse wurden von der Gesamteinnahme verwendet: Für Leistungen 25,43 Prozent, für Verwaltungskosten usw. 6,79 Prozent, und dem Rücklagefonds zugeführt 67,78 Prozent.

In der Invalidentasse erforderten die Leistungen eine Ausgabe von 85,44 Prozent der Gesamteinnahme, und eine solche von 89,05 Prozent der Beitragseinnahme. Die Kasse war in der Lage, die invaliden bzw. ausgefertigten Mitglieder in den letzten 3 Jahren mit folgenden Summen unterstützen zu können:

1928	22 642,-- RM.
1929	40 594,50 "
1930	54 182,50 "
Summa	117 419,-- RM.

Bzüglich der Mitgliederbewegung hatte das verfloßene Jahr, wie nicht anders erwartet werden konnte, unter den schweren wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden. Wir sind aber trotzdem in der Lage gewesen, am Schlusse des Jahres in der Krankenkasse 12 311 Mitglieder und in der Sterbekasse 4 549 Mitglieder aufweisen zu können. Die finanzielle Entwicklung unserer Kassen ist eine gute gewesen, und verbürgt ihre zukünftige Leistungsfähigkeit.

Die Barvermögensbestände in den einzelnen Abteilungen betrugen am Schlusse des Jahres:

Krankenkasse	428 721,03 RM.
Sterbekasse	300 999,59 "
Invalidentasse	38 308,55 "
G.-B.-Fonds	9 691,51 "
Gesamtsumme	777 720,68 RM.

Aus den Ortsgruppen

Ursberg. Restlos waren unsere Mitglieder zur Versammlung am Freitag, den 13. Februar erschienen, um von unserem Bezirksleiter einen Bericht über die Lohnverhandlungen zu hören. In seinem Bericht zeigte er, wie um die Lebensbedingungen der Kollegenschaft bei diesen angewiesenen Partei- und Schlichtungsverhandlungen gerungen werden mußte. Heute sei der Ruf nach Lohnabbau auf der ganzen Linie zu einer Krankheit geworden. Sorge um die Arbeiterschaft, besonders aber um die Arbeitslosen sei bei den Unternehmer-Vertretern nicht mehr festzustellen. Besonders hervorzuheben wurde der Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen um den Apilohnstarif. Da wir hier alle dem Buchdrucker-Buchbindertarif unterliegen, hatten wir an diesem Bericht natürlich das größte Interesse.

In der Aussprache bedauerten alle Kollegen den Ausgang der Verhandlungen. 6% Lohnabbau sei ein Raub an der Lebenseristenz der Kollegenschaft. Durch die hierdurch kommende Schwächung der Kaufkraft der Arbeiterschaft sei der Wirtschaft und auch unsern Betrieben nicht gedient. Von einem Preisabbau der wichtigsten Bedarfsartikel wäre noch gar nichts festzustellen.

Daß die Verbandsvertreter unter den vorhandenen Verhältnissen nichts Besseres herausheben konnten, sei erklärlich. Ihnen sprachen alle Kollegen vollstes Vertrauen aus. Es wurde aber bestimmt gefordert, weitere Lohnverflechtungen unter allen Umständen zu verhindern. Unser langjähriges Verlangen, als Buchbinder endlich mit den Buchdruckern gleich zu stehen, bleibt auch für die Zukunft bestehen.

Zur Befragung kamen noch verschiedene örtliche Angelegenheiten. U. a. wurde zur Betriebsratswahl Stellung genommen. Eine große Frage war das Lehrlingswesen in den diesigen Innungsbetrieben. Während fast niemals Gehilfen in diesen Betrieben stehen, finden wir um so mehr Lehrlinge dort, welche nach beendigter Lehrzeit meistens für immer wieder aus dem Beruf ausscheiden. Daß dies Verhältnis nicht im Interesse des ganzen Gewerbes liegt, sollte jedem einleuchten. Für die Zukunft muß es unbedingt gelingen, das ganze Buchbinder-Lehrlingswesen tariflich festzusetzen, denn unser Buchbindergewerbe ist heute schon überfüllert.

Breslau. Am 25. Januar fand wie alljährlich unsere Generalversammlung statt. Der 1. Vorliegende, Kollege Hofmann, begrüßte die Erschienenen und bedauerte den verhältnismäßig schwachen Besuch. Aus dem von ihm erstatteten Jahresbericht ist zu erwähnen, daß unsere Ortsgruppe ziemlich stark durch Arbeitslosigkeit betroffen ist. Zur Zeit zählen wir 8 Arbeitslose. Die Verbandsgeschäfte wurden in 10 Versammlungen und 5 Vorstandssitzungen erledigt. Einmal hatten wir auch die Freude, den Verbandsvorsitzenden, Kollegen Hornbach, in einer Versammlung zu hören. Hierauf sollte Kollege Kozinski den Kasienbericht erteilen. Da der Abschluß durch verschiedene Umstände noch nicht möglich war, wird der Bericht in der nächsten Versammlung nachgeholt. Die Lokalkasse weist einen betriebligen Bestand auf. Es war auch möglich, den Arbeitslosen besonders Unterstützungen zuzuwenden.

Die Vorstandswahl ergab einmütige Wiederwahl des alten Vorstandes. Zum Schlusse sprachen die Kollegen Bertmann und Rauer im Namen der Arbeitslosen den Dank für die durch Zentrale und Lokalkasse ermöglichte Weihnachtsspende aus.

Freiburg. Am Samstag, den 7. Februar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Als Vertreter des Ortsstellens war Kollege Lauterwasser erschienen. Der Jahresbericht war sehr reichhaltig und wies eine umfangreiche Arbeit nach. Der Mitgliederstand blieb ungefähr der gleiche. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt augenblicklich 14. Ganz besondere Arbeit und Aufmerksamkeit erforderte die Betreuung der Mitglieder. Hier haben unsere Vertrauensleute sehr Gutes geschaffen und sei ihnen auch an dieser Stelle ein Wort der Anerkennung und des Dankes ausgesprochen. Der Berufsweiterbildung unserer Lehrlinge und jungen Gehilfen hatte sich Kollege Lungwig eifrig angenommen. Trotz mancher Schwierigkeiten in der Raumfrage wurde den Teilnehmern viel Wertvolles geboten. Hand in Hand mit ihm arbeitet unser Jugendleiter, Kollege Federer. Die Leistungen der beiden Kollegen mit ihrem jugendlichen Herzen wurden restlos anerkannt. Unabsehbar ist der Kassiererposten, was jeder, der mit Geld zu tun hat, bestätigen wird. Unser Kollege Göring als Kassierer verstand es aber meisterhaft, das Unangenehme seines Postens durch sein freundliches und „einnehmendes“ Wesen zu überbrücken. Die Verbandskasse ist bei ihm in den besten Händen.

Eine ganz besonders schwere Aufgabe in dieser wirtschaftlich schwer danieliegenden und ringenden Zeit hat ohne Zweifel ein Betriebsrat. Besonders in einem großen Betriebe gibt es ungeheuer viel zu regeln und zu vermitteln. Der Betriebsrat der Firma Herder mit Kollegen Buch an der Spitze hat hier sehr gut gearbeitet.

Aus dem Kasienbericht entnehmen wir einen im allgemeinen noch günstigen Stand. Gegenüber dem 3. Quartal hat sich die Zahl der arbeitslosen und kurzarbeitenden Kollegen vermehrt. Ausgefertigt sind 6 Kollegen und Kolleginnen. Im allgemeinen dürfen wir hier in Freiburg noch zufrieden sein. Der Bericht der Jugendgruppe ist der Zeit entsprechend gut. Zuwachs ist fast keiner zu verzeichnen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde durch Zufall der alte Vorstand wiedergewählt. Auch die Kartelldelegierten haben ihre Wiederwahl angenommen. Neu hinzugekommen ist die Kollegin Elise Brecht. Nach Erledigung verschiedener örtlicher Angelegenheiten und Erstattung des Kartellberichts wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Revelac. Der Vorliegende, Kollege Brauers, konnte bei der Eröffnung unserer diesjährigen Generalversammlung am 29. Januar eine stattliche Anzahl Kollegen begrüßen. Das Versammlungslokal war dicht besetzt.

Kollege Schmitz gab zunächst einen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß die diesmaligen Verhandlungen mit einer Schärfe geführt worden waren, wie wohl nie zuvor. Die Versammlung war voll überzeugt davon, daß sich unsere Vertreter bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium gegen den Lohnabbau energisch zur Wehr gesetzt haben.

Dann gab der Kollege Brauers den Geschäftsbericht. Viel Erfreuliches war vom Jahre 1930 nicht zu berichten. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit war das Los vieler Kollegen. 6 Versammlungen, 10 Vorstandssitzungen haben stattgefunden. Auch zu den beiden Bezirksversammlungen hatte die Ortsgruppe Delegierte entsandt. Aus dem anschließenden Kasienbericht des Kollegen Baldau ergab sich ein erfreuliches Bild. Trotz der großen Arbeitslosigkeit war es immer noch möglich gewesen, der Zentrale Gelder zu überweisen. Auch die Lokalkasse wies einen guten Bestand auf. Es folgte nun der Bericht des Kollegen Kisters über den Stand der Jugendgruppe. Mit Genugtuung konnte man feststellen, daß auch in der Jugendgruppe reges Leben herrscht. Vieles wurde geleistet. In der folgenden Vorstandswahl wurde der gesamte alte Vorstand wiedergewählt. Zum Schluß wurde noch auf die Betriebsratswahl hingewiesen und die Vorbereitungsarbeiten besprochen.

Muggensturm. Unsere Versammlung am 18. Februar war vollzählig besetzt. Bezirksleiter, Kollege Steinhardt, war ebenfalls erschienen und hielt einen Vortrag über die jüngst erfolgten neuen Tarifabschlüsse. Dabei waren im besonderen für unsere Kollegenschaft die Zusammenhänge in der gesamten graphischen Industrie interessant. Die gespannteste Aufmerksamkeit erweckten naturgemäß die Ausführungen des Redners über den Verkauf der Vohnoerhandlungen in der Kartonagenindustrie. Dank des zähen Widerstandes der Gewerkschaften gelang es, den seitens der Unternehmer beantragten 20%igen Lohnabbau auf das in den verwandten Industrien erfolgte Maß zurückzuführen. In der Aussprache wurde bedauert, daß dieser Lohnabbau hingegenommen werden mußte, besonders deswegen, weil das Einkommen der Arbeiterschaft am Orte ohnehin durch andauernde Kurzarbeit in starkem Maße gelunken ist.

Ferner wurde noch Stellung genommen zur kommenden Betriebsratswahl und im Zusammenhang damit die betrieblichen Verhältnisse eingehend erörtert.

Für die gewissenhafte Geschäftsführung wurde dem Leiter der Ortsgruppe, Kollegen Fittler, noch seitens des Bezirksleiters Dank und Anerkennung ausgesprochen.

München. Am 13. Februar hielten wir im christl. Gewerkschaftsheim unsere diesjährige Generalversammlung. Der 1. Vorsitzende, Kollege **W e e r**, eröffnete die Versammlung und konnte, außer den zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen, den Vorsitzenden des Münchener Ortsrats der christlichen Gewerkschaften, Kollegen **B o s b a c h**, begrüßen.

Im verfloffenen Jahre hatten 4 Vorstandssitzungen und 8 Versammlungen, 7 ordentliche und 1 mit dem Gutenberg-Bund, stattgefunden. Der Mitgliederstand ist im Berichtsjahre um 38 gestiegen. Zu diesem Erfolge wurde die Ortsgruppe von Kollegen **B o s b a c h** beglückwünscht. Die seit dem 1. Oktober 1930 eingerichtete Sonderunterstützung für Ausgesteuerte hatte gute Erfolge aufzuweisen.

Der Kassenbericht, den Kollege **L i c h t e n s p e r g e r** bekanntgab, zeigte trotz der Arbeitslosigkeit ein Ansteigen unserer Kassa.

Die Vorstandswahl brachte keine Änderung. Lediglich wurde die Stelle des Schriftführers von Kollegen **S u m m e l** neubest.

Anschließend gab Kollege **B o s b a c h** einen kurzen Bericht über die allgemeine Wirtschaftslage und die wirtschaftlichen Ziele der Reichsregierung. Im besonderen berichtete er über die christliche Arbeiterhilfe in München. Bezirksleiter, Kollege **S t e i n h a r d t**, hielt ein kurzes Referat über den derzeitigen Lohnabbau und gab dabei die einzelnen neuen Löhne bekannt. Seinem Referate folgte eine ziemlich rege Aussprache, in der wiederholt in scharfen Ausführungen gegen den ungerechten Lohnabbau Stellung genommen wurde.

Im Punkt Verschiedenes wies der Vorsitzende auf die kommenden Betriebsratswahlen hin, die auch in München einen guten Erfolg für unsere Bewegung haben müssen.

In seinem Schlusswort forderte der Vorsitzende die Anwesenden zu treuer Mitarbeit auf.

Regensburg. Am 21. Februar hielt unsere Ortsgruppe in der Emständer Brauerei die diesjährige Generalversammlung ab. Vorsitzender, Kollege **B e g m a n n**, konnte erfreulicherweise trotz des derzeitigen hohen Krankenstandes einen sehr guten Besuch feststellen.

Kollege **L u d w i g** erstattete den Kassenbericht, der eine starke Inanspruchnahme der Unterstützungseinrichtungen nachweisen mußte. An die Zentrale konnten noch 5318 Reichsmark abgeführt werden. Die Kassa hat einen Bestand von 209 RM. Die Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem Vorjahre wenig verändert und hat einen Stand von rund 200. Dem Kassierer wurde für die gute Kassenführung Dank ausgesprochen.

Sobann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus welchem hervorging, daß heuer die Ortsgruppe auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken könne. Erfreulich ist, daß noch alle Gründungsmitglieder beruflich tätig sind und ihre Kräfte in den Dienst der Sache stellen. Die Tätigkeit im Geschäftsjahr 1930 war sehr rege. Der Verkehr mit der Zentrale war umfangreich, aber stets im besten Einvernehmen. In den Versammlungen wurden jeweils aktuelle Fragen des Wirtschaftslebens und des Arbeitsrechtes behandelt. Der Jugendgruppe wurde unter Führung der Kollegen **S t r ö b l** und **E t l** besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Vom 19. Juli bis 31. August wurde in der Buchbinderverwerkstätte der Landesgewerbeanstalt an den Samstagmorgens ein Goldschnittkurs unter der bewährten Leitung unseres Kollegen **M. W o l d** abgehalten. 9 jüngere Kollegen nahmen daran teil. Der Erfolg war gut. Der Lohnabbau hatte Erbitterung hervorgerufen, wartete doch alles vergebens auf einen praktischen Preisabbau. Erreicht wurde, daß der Abzug erst mit dem der Buchdrucker in Kraft trat. Außerdem konnten bei der Firma **B u s t e t** für mehrere verheiratete Kollegen noch Ausgleichszulagen erreicht werden. Auch die sonstigen festgesetzten Abzüge sind in etwas gemäßigter Form bei obiger Firma in Abzug gebracht worden.

Die Werbeaktion brachte nicht den gewünschten Erfolg. Verschiedene unorganisierte Kolleginnen der Firma **J o s e f** haben liebes erkennen, daß sie wohl der Organisation beitreten würden, wenn sie mehr an Unterstützung erhalten könnten, als sie Beiträge einzahlen. Gemeinschaftsgeist und praktische christliche Nächstenliebe war ihnen ein spanisches Dorn. Sie vertraten vielfach den Standpunkt, daß jeder für sich selbst sorgen müßte und für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen würden auch in ihrem Interesse andere besorgt sein.

Unsere Weihnachtsfeier, welche im großen Saale des Ehardt-Hauses stattfand, hatte den Hauptzweck, unseren alten, invaliden und arbeitslosen Mitgliedern eine Freude zu bereiten. Wurde doch für diesen Zweck durch die Opferwilligkeit unserer Mitglieder ein Betrag von über 600 RM. aufgebracht. Lobenswert ist auch hervorzuheben, daß die Geschäftsleitung der Firma **B u s t e t** einen ansehnlichen Betrag zu Gunsten arbeitsloser und invalider Arbeiter als Weihnachtsgeschenk auswarf.

Als Gäste waren die Herren Geheimrat **B u s t e t** und Betriebsleiter **F i o l k** a bei der Feier anwesend. Man konnte beobachten, welche Freude die Gaben hervorgerufen haben. Die Mitglieder der Jugendgruppe erhielten ein gutes Buch. Der Vorsitzende dankte allen Spendern sowie dem Ausschuss und den Vertrauensleuten für ihre

uneigennütige Tätigkeit im Dienste unserer Sache. Der anschließende Wahlakt ergab fast einstimmig die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. 1. Vorsitzender Kollege **B e g m a n n**, Kassierer **L u d w i g** **E t l**, Schriftführer **L u d w i g** **G i t t f r i e d**.

Stuttgart. Am Samstag, den 31. Jan., hielten wir die erste gemeinsame Versammlung dieses Jahres mit dem Gutenberg-Bund ab. Von beiden Verbänden war die Versammlung gut besucht. Unser Vorsitzender, Kollege **W e r r e r**, setzte sich warm für eine erprießliche Zusammenarbeit ein und fand für die Erschienenen sehr zu beherzigende Worte.

Allseitiges, gespanntes Interesse fand der Vortrag des Kollegen **K e s s e l** vom christlichen Bekleidungsarbeiterverband. Er schilderte die Entwicklung des deutschen Arbeiterrechtes, um im weiteren besonders die Folgen der Unkenntnis gesetzlicher Bestimmungen darzulegen. An Hand zahlreicher Beispiele wußte er die Wichtigkeit des Betriebsratsgesetzes in Verbindung mit dem Tarif- und Schlichtungsgesetz darzutun. Der ausführliche und lehrreiche Vortrag fand dankbare Aufnahme.

Anschließend konnte die Ehrung zweier Jubilare unserer Ortsgruppe begangen werden. Die Kollegen **D i e t r i c h** und **R o t h** erhielten Diplom und silberne Verbandsnadel mit einem anerkennenden Schreiben überreicht. Die Versammlung nahm freudigen Anteil und ehrte die Jubilare mit einem begeistert aufgenommenen Hoch. Der Singchor des Gutenberg-Bundes trug in vorzüglicher Weise zur Verschönerung der Feier bei.

Wiedenbrück. Unsere Generalversammlung am 17. Febr. hatte sich neben der allgemeinen Tagesordnung auch mit der Tarifkündigung seitens der Firma **G u n d l a c h** zu befassen. Der Besuch der Versammlung war wie stets sehr gut. Kollege **J a s p e r n e** gab zunächst unserm Bezirksleiter, Kollegen **K e m b ü g l e r**, das Wort. Derselbe behandelte die allgemeine Lage. Er ging auch auf die verschiedenen, bereits abgeschlossenen Lohnverhandlungen für unsere Berufe ein und berichtete dann über die Lage für die Verhandlungen um unseren Tarif. Anschließend gab Kollege **B o g e l f ä n g e r** einen Bericht über unsere Kassenverhältnisse.

In der Aussprache gingen die meisten Redner auf die Tarifkündigung näher ein. Sie forderten ein Festhalten an den bisherigen Tarifbestimmungen. Als Teilnehmer an der Tarifverhandlung wurden die Kollegen **J a s p e r n e** und **B o g e l f ä n g e r** neben unserm Bezirksleiter bestimmt. In den Vorstand wurden dann folgende Mitglieder neu- bzw. wiedergewählt, Vorsitzender **S t e p h a n** **J a s p e r n e**, Kassierer **W i l l i** **B o g e l f ä n g e r**, Schriftführer **J o s e f** **E l l e s e d**, Beisitzer **K o l l e g i n** **V a n g e r a d**. In der Versammlung vollzogen auch zwei anwesende freigeordnete Kollegen den Übertritt zu unserem Verbande. Somit ist nun alles bei uns organisiert. Dies gute Organisationsverhältnis muß unbedingt auch in Zukunft gepflegt bleiben.

Einen breiten Raum nahm dann noch die Besprechung von Genossenschaftsfragen, Kartellangelegenheiten und die Neuwahl der Betriebsräte ein. Es zeigte sich, wie auch die hiesige Arbeiterschaft an der guten Fortentwicklung des Betriebes interessiert ist. Von den Konsumvereinen unserer Richtung wurde gefordert, daß bei der Vergabung von Läden- und Beutelaufträgen auch unsere Firma berücksichtigt werden möge. Die Firma soll angegangen werden, sich um solche Aufträge zu bemühen. Diejenigen örtlichen Geschäfte, welche es ablehnen, von unserer Firma Läden und Beutel zu beziehen, sollten uns in Zukunft auch nicht als Käufer sehen.

Am 18. Februar fand in Bielefeld die Verhandlung um unseren Tarif statt. Die Vertreter der Firma **G u n d l a c h** forderten die Wiedereinführung der Löhne von 1927. Dies bedeutete für die Arbeiterschaft einen Lohnabbau bis zu 20%. Die Firmenvertreter begründeten ihren Antrag mit der allgemeinen Notlage in der Wirtschaft. Von dieser sei besonders die Läden- und Beutelanzeiger sehr hart betroffen. Hinzu komme, daß der Wiedenbrücker Betrieb in den letzten Jahren stets Zuschüsse erfordert habe. Für die Zukunft seien die Aussichten ebenfalls sehr schlecht und könne an Vollarbeit nur dann gedacht werden, wenn die beabsichtigte Lohnherabsetzung von der Arbeiterschaft angenommen werde. Falls dies nicht geschehe, werde man überlegen müssen, ob es nicht richtiger sei, den Betrieb ganz zu schließen.

Unsere Vertreter wiesen nach, daß ein Lohnabbau für die Wiedenbrücker Arbeiterschaft, besonders in der vorgesehene Form, gänzlich untragbar sei. Wenn der Wiedenbrücker Betrieb Zuschußbetrieb sei, was man bezweifelte, so werde dies sicher nicht an den gezahlten Löhnen liegen. Ganz besonders wurde auf den schon bisher bestehenden Unterschied zwischen den Bielefelder und Wiedenbrücker Löhnen hingewiesen. Da es sich in beiden Orten um dieselbe Firma handele, wäre ein Lohnabbau von 20% ganz undistastabel. Das Gerede, als lebe die Landbevölkerung gegenüber der Stadtbevölkerung unter bedeutend billigeren Verhältnissen, wurde ins rechte Licht gerückt. Trotz mehrstündigen Auseinander-

setzungen war eine Einigung nicht zu erzielen. Da die Vertreter der Firma zunächst neue Vollmachten benötigten, wurden die Verhandlungen auf den 21. Februar vertagt.

Am 21. Februar verliefen die Auseinandersetzungen in der gleichen Weise wie am 18. Februar. Die Firma glaubte unter allen Umständen, den beabsichtigten Abbau der Löhne durchzuführen zu können. An Hand von Zahlenmaterial wollte man die Notwendigkeit dieser Maßnahme beweisen. Von unserer Seite wurde bestimmt erklärt, einem solchen Verlangen nicht zustimmen und nicht über die Abschlüsse der Reichstarife hinausgehen zu können. Da nicht anzunehmen war, daß durch den Schlichtungsausschuß Günstigeres zu erzielen sei, stimmten unsere Vertreter nach langen Verhandlungen einer Vereinbarung zu, die am 1. März in Kraft tritt. Hiernach tritt für Wiedenbrück die gleiche Herabsetzung der Tarife ein, wie sie in den Reichstarifen festgelegt ist, nämlich 6%. Diese Regelung gilt vorerst bis 2. Mai d. J. Der Manteltarif, der ebenfalls getündigt war, wurde unverändert bis 30. Juni 1932 verlängert. Festgelegt wurde, daß am 16. April nochmals über den Lohnsatz verhandelt werden soll. An uns liegt es, dafür zu sorgen, daß weitere Verschlechterungen unter allen Umständen vermieden werden. Dies zu erreichen, ist nur einer einzigen und geschlossenen Arbeiterschaft möglich.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Abrechnungen fanden ein bis zum 7. März 1931: Eberfeld, Merl-in, Dortmund (Einzelmitglieder), B. Gum. Immenhohl, Selbrosen, Neuhadt (Saardt), Neuhadt (Schl.), Stuttgart, Waldtrich, Wäldchenbeuren, Bilschowsbera, Rudothadt, Pirna, Torgau, Weimar, Sommerfeld, Neuhaldensleben, Jersch, Breslau, Götlich, Oppeln, Dresden.

Gelder fanden ein bis zum 7. März 1931: Sommerfeld, Weimar, Danzig, Waldtrich, Uim, Remmingen, Neuwied, Köln, Breslau, Dortmund, Immenhohl, Frlen, Berlin, Lützingen, Bonn, Eberfeld, Neuhadt (Schl.), Oppeln, Wainburg, Stuttgart, Götlich, Eilen, Kempen, Dahnauer, Gumbinnen, Bremen, Bilschowsbera, Dortmund (Einzelmitglieder), Bochum, Lützingen, Bonn, Neise, Götlich, Hannover, München.

Nach nicht abgerechnet haben die Ortsgruppen Saarbrücken, Waldsuhl, Hamburg, Schneidemühl und Ohlau.

Buchkontrolle: Soweit die Mitgliedsbücher noch nicht eingelangt wurden, bitten wir, das möglichst bald nachzuliefern.

Monatliche Zeitschriften nicht vergessen.

Für die Schriftführer: Die eingelangten Ortsgruppenberichte werden nach der Reihenfolge des Einganges erledigt. Es kann natürlich jeweils nur ein bestimmter Raum für diesen Zweck verwendet werden.

Manuskripte, also auch Versammlungsberichte, sollen nur auf einer Seite abgefaßt sein.

Mit Erscheinen dieser Nummer ist der 11. Wochenbeitrag fällig.

Anzeigen

Unsern lieben Kollegen **Peter Nepomud** nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Kolleginnen und Kollegen der Firma **C. Schleicher & Schüll, Düren.**

Am 27. Februar 1931 verstarb nach schwerer Krankheit unser lieber Kollege **Heinrich Krotz** im Alter von 41 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Ortsgruppe **Düsseldorf**

Am 26. Febr. 1931 wurde unser Gründungsmitglied, Kollege **Johannes Klippers** durch den Tod dahingerafft. Er war uns allen ein treuer und lieber Freund. Sein Andenken bleibt in Ehren.
Ortsgruppe **M. Gladbach**

Am 23. Februar 1931 starb nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege **Franz Lehmann** im Alter von 49 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Ortsgruppe **Faderborn**